



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Petra Guttenberger, Manfred Ländner, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Max Gibis, Jürgen W. Heike, Bernd Kränzle, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Dr. Franz Rieger, Andreas Schalk, Karl Straub, Peter Tomaschko, Manuel Westphal, Mechthilde Wittmann** und Fraktion (CSU)

Optimale Sicherheit für Bayerns Bürgerinnen und Bürger!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die Pläne der Staatsregierung vom 23.03.2018 zur weiteren Stärkung der Bayerischen Polizei, zum Aufbau einer Bayerischen Grenzpolizei sowie zur Errichtung eines Landesamts für Asyl.

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- zeitnah die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen zur Umsetzung der o. g. beschlossenen Maßnahmen zu schaffen, um geltendes Recht konsequent durchzusetzen und einen starken Rechtsstaat zu garantieren,
- auch Strafjustiz und Justizvollzug, bei denen durch vorgenannte Maßnahmen mehr Arbeit anfallen wird, entsprechend zu stärken,
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass deutschlandweit zügig Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen (sog. ANKER-Zentren) aufgebaut werden und die Liste der sicheren Herkunftsstaaten schnellstmöglich erweitert wird, um Asylverfahren weiter zu beschleunigen, um Missbrauch zu bekämpfen und dem bestehenden Ausländerrecht uneingeschränkt Geltung zu verschaffen sowie dem Landtag hierüber schriftlich zu berichten.

Begründung:

Die Durchsetzung des geltenden Rechts, insbesondere auch des Ausländerrechts, muss uneingeschränkt sichergestellt sein. Das Bayerische Kabinett hat sich am 23.03.2018 mit wichtigen Fragen der Inneren Si-

cherheit und Zuwanderung befasst, die auch die Bevölkerung bewegen. Dabei wurden u.a. der Aufbau einer Bayerischen Grenzpolizei, die weitere Stärkung der Bayerischen Polizei sowie die Errichtung eines Landesamts für Asyl beschlossen.

Bayern ist das sicherste Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland und das soll auch künftig so bleiben. Es ist daher zu befürworten, dass eine Bayerische Grenzpolizei mit insgesamt 1.000 Stellen errichtet werden soll. Mit den neuen Grenzpolizeieinheiten sollen die illegale Migration, menschenverachtende Schleuserbanden und grenzüberschreitende Kriminelle noch besser und mit mehr Nachdruck bekämpft werden. Ferner geht es auch darum, die schon jetzt äußerst erfolgreichen Schleierfahndungsmaßnahmen und Schwerpunkteinsätze der Bayerischen Polizei noch weiter zu verstärken. Gleichzeitig soll die Polizeipräsenz vor Ort für mehr Sicherheit im Land ausgebaut werden. Dabei gilt es zudem zu beachten, dass in diesem Zuge und durch die massive Aufstockung der Bundespolizei gerade in den grenznahen Regionen auch die Bayerische Justiz sowie der Justizvollzug verstärkt werden müssen, um insgesamt weiterhin eine effektive Strafverfolgung und -vollstreckung in allen Bereichen gewährleisten zu können. Die Stärkung der Justiz muss mit der bei der Bundes- und Landespolizei mithalten können.

Bayern ist zweifellos ein weltoffenes Land, das seiner humanitären Verpflichtung gegenüber den Menschen, die auf ihrer Flucht vor politischer Verfolgung oder Bürgerkrieg bei uns Aufnahme gefunden haben, gerecht wird und das bereit ist, den Menschen zu helfen, die von Krieg und Gewalt bedroht sind. Trotzdem müssen Menschen, die kein Recht haben, hier zu bleiben, auch konsequent in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. Nur so kann die nötige Akzeptanz in der Bevölkerung erhalten bleiben. Die Zahl der Rückführungen ausreisepflichtiger Ausländer gilt es mithin zu steigern.

Um in diesem Bereich noch besser, schneller, konsequenter und effizienter zu werden, soll ein neues Landesamt für Asyl mit 1.000 Mitarbeitern errichtet werden, das u. a. zentral für ganz Bayern zu erledigende Vollzugsaufgaben, wie zum Beispiel die Ersatzpapierbeschaffung bei Botschaften und Konsulaten, wahrnehmen soll. Die neue Behörde soll ein zentraler und starker Partner für den Bund werden. Dadurch werden Kompetenzen und Zuständigkeiten in einer Hand gebündelt, was nicht zuletzt wertvolle Synergieeffekte erzielt, und so zur Durchsetzung der Ausreisepflicht die notwendigen Abschiebungen insbesondere rechts-

kräftig abgelehnter Asylbewerber beschleunigt. Dies ist ausdrücklich zu begrüßen, da dadurch schließlich die Funktionsfähigkeit und Akzeptanz des Asylrechts insgesamt erhöht wird.

Zur notwendigen Beschleunigung der Asylverfahren wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundes-

ebene weiterhin dafür einzusetzen, dass zügig deutschlandweit die sog. ANKER-Zentren (Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen) umgesetzt werden und die Liste der sicheren Herkunftsstaaten schnellstmöglich erweitert wird.